



Bank und Geschichte

Historische Rundschau

Nr. 24

März 2011

Ein nicht endender Konflikt: Erinnerung an die Aufwertung der D-Mark 1961

Für den 7. März 1961 plante Hermann J. Abs eine Reise: Der Lufthansa-Flug 420 sollte ihn von Frankfurt nach New York bringen. Die Buchung mußte storniert werden. Zwei Tage zuvor hatte die Bundesregierung eine Aufwertung der D-Mark bekanntgegeben und damit eine währungspolitische Maßnahme getroffen, die zu verhindern Abs viel Zeit und Mühe aufgewandt hatte.

Die Debatte um den richtigen Wechselkurs der D-Mark dauerte damals, in wechselnder Intensität, schon an die fünf Jahre. Angesichts steigender deutscher Exportüberschüsse war schon 1956 die Forderung nach einer Aufwertung der deutschen Währung erhoben worden.

Das 1944 in Bretton Woods beschlossene Währungssystem war grundsätzlich ein System fester Wechselkurse. Die Möglichkeit, den Wechselkurs zu ändern, bestand jedoch für den Fall von grundlegenden Störungen des Gleichgewichts. Auch flexible Wechselkurse wurden vom Internationalen Währungsfonds toleriert.

Den Wechselkurs der D-Mark konnte die Bundesregierung nur im Benehmen mit der Notenbank ändern. Deren Führung war vom Ideal einer stabilen Währung nicht nur im Hinblick auf den Binnen-, sondern auch auf den Außenwert überzeugt, weshalb Notenbankpräsident Wilhelm Vocke bereits 1956 den Gerüchten um eine Aufwertung der D-Mark entschieden entgegentrat. Auch Hermann J. Abs legte sich schon damals auf diese Haltung fest.

Verantwortlich für die Gerüchte war unter anderem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der einen, wenn auch wenig glücklichen, Vorstoß für eine Wechselkursänderung unternommen hatte. Auch Otmar Emminger, im Direktorium der Bank deutscher Länder (später der Bundesbank) für die äußere Währungspolitik zu-

ständig, wurde zum entschiedenen Befürworter einer Kursanpassung. Er verwies auf die grundsätzliche Schwierigkeit, angesichts inflationärer Entwicklungen in den Partnerländern innere und äußere Währungsstabilität zu vereinbaren. Das herkömmliche Mittel, das der Notenbank gegen den vermehrten Kapitalzufluß zur Verfügung stand, die Senkung der Leitzinsen, drohte nämlich gerade in Zeiten der Hochkonjunktur seinerseits eine Aufwärtsspirale bei Löhnen und Preisen in Gang zu setzen. Es tauchte der Begriff der »importierten Inflation« in der Öffentlichkeit auf.

Sehr geehrter Herr Abs !

Ich danke Ihnen für Ihre Briefe vom 14. und 15. September sowie für Ihren Vortrag vom 20. September vor der Industrie- und Handelskammer in Essen. Ich hoffe sehr, dass die Wirtschaft aus sich heraus Mass hält, so dass irgendwelche besonderen Vorkehrungen der Bundesregierung gar nicht infrage kommen. Sie werden wohl gelesen haben, dass Herr Blessing auf der Jahresversammlung der Weltbank erklärt hat, eine Aufwertung der Deutsch Mark käme unter keinen Umständen infrage, und dass Herr Erhard ebenfalls betont hat, die Bundesregierung beabsichtige nicht, die Deutsch Mark aufzuwerten.

Mit vielen Grüßen

Ihr ergebener

(Adenauer)

Dieser etwas merkwürdige Brief des Bundeskanzlers vom 29. September 1960 konnte seinen Empfänger vermutlich nicht beruhigen.

Unter der strengen Führung Wilhelm Vockes war allerdings in der Notenbank die Diskussion über das heikle Thema schwierig. Nach einer Spekulationswelle am Devisenmarkt erklärte die Bundesregierung im Sommer 1957, alle Gerüchte über eine beabsichtigte D-Mark-Aufwertung seien gegenstandslos. Danach herrschte für gut zwei Jahre relative Ruhe, obwohl sich an den fundamentalen Bedingungen nichts änderte.

Mit Beginn des Jahres 1960 kam eine neue Dynamik auf. Die deutschen Außenhandelsüberschüsse stiegen weiterhin ungebremst, und eine breite öffentliche Diskussion kam in Gang, in die sich Abs als eine der zentralen Figuren stark einschaltete. Einen ganzseitigen Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schloß er im Juni 1960 mit der Forderung: »Ich bin daher der Ansicht, daß sofort und mit aller Autorität erklärt werden sollte – wie es namens der Bundesregierung erfolgreich auf der Weltbanktagung im September 1957 geschah –, daß an eine Änderung des deutschen Wechselkurses nicht, und zwar unter keinen Umständen gedacht wird.« Noch folgte ihm die Regierung: Sie gab die erwünschte Erklärung ab, und noch im Herbst sah alles so aus, als würde es bei der alten Parität bleiben.



Am 29. September 1960 erläuterten BDI-Präsident Fritz Berg und Hermann J. Abs vor der Presse die geplante Anleihe für die Entwicklungshilfe.

Im September 1960 entstand der Plan einer freiwilligen Anleihe der deutschen Wirtschaft, die – auch als Reaktion auf äußeren Druck – den deutschen Beitrag zur Entwicklungshilfe erhöhen und Kaufkraft im Inneren binden sollte. Mehr oder weniger deutlich ausgesprochen verband sich damit auch die Hoffnung, mit Hilfe dieser Anleihe von 1,5 Mrd. DM eine Aufwertung der Währung zu verhindern.

Der Dauerkonflikt zwischen Bundeskanzler Adenauer und seinem Wirtschaftsminister fand in der Aufwertungsfrage ein neues Terrain. Erhard wandte sich entschieden gegen Adenauers Neigung, den Interessenten und Lobbyisten Gehör zu geben, die Ansicht der zuständigen Bundesminister hingegen eher zu ignorieren: »Das gab es wohl noch nie in der Geschichte moderner Volkswirtschaften, daß bei so entscheidenden Fragen Interessenten gehört und die Böcke zum Gärtner gemacht wurden«.

Erhard neigte zu einer moralisierenden Betrachtung des Wirtschaftsgeschehens. Seine Appelle zum Maßhalten wurden legendär, obwohl ihre Wirkung zweifelhaft war. Erneut sah er sich aufgerufen, der »Zügellosigkeit in unserem Volk Einhalt zu gebieten«. Was die Aufwertung betraf, so ging er, was nicht allzu häufig vorkam, als Sieger aus der Auseinandersetzung mit Adenauer hervor, denn es gelang ihm, genügend Verbündete zu finden und letztlich seine Meinung durchzusetzen. Zur entscheidenden Sitzung am 28. Februar 1961 wurden Fritz Berg, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, und Hermann J. Abs von Adenauer nicht eingeladen, wobei als Begründung überliefert ist: »Bei denen wissen wir ja sowieso, wie sie denken«. Adenauer, Finanzminister Franz Etsel, Bundesbankpräsident Karl Blessing – sie alle schwenkten auf Erhards Kurs ein. Für Blessing, der stets die Notwendigkeit einer Wechselkursänderung entschieden bestritten hatte, bedeutete diese Entscheidung eine Kehrtwende, aber in ihrem Geschäftsbericht für 1960 hatte die Bundesbank eine durch außenwirtschaftliche Umstände bedingte Wirkungslosigkeit ihrer Kreditpolitik eingestehen müssen.

Eine sakrosankte Sache

Die Bundesbank hat sich lange gegen eine Wechselkursanpassung gesträubt. Für eine Notenbank – das bitte ich zu verstehen – ist nun einmal die Währungsparität eine sakrosankte Sache, die man nur verändern darf, wenn alle anderen Mittel nicht zum Erfolg führen. Jeder Eingriff in die Währungsparität hat tiefgreifende Wirkungen auf die Wirtschaft eines Landes und muß daher reiflich nach allen Seiten hin überlegt und erwogen werden. Wenn wir schließlich unsere Zustimmung gegeben haben, so ist dies nach einer erneuten Überprüfung aller inneren und äußeren Aspekte erfolgt.

Erklärung von Bundesbankpräsident Karl Blessing, 5. März 1961



Wenige Wochen vor der D-Mark-Aufwertung trafen Abs und Bundesbankpräsident Karl Blessing bei einer Veranstaltung in Mailand zusammen

Somit beschloß das Bundeskabinett mit Zustimmung der Bundesbank am 3. März 1961 formell, die D-Mark um fünf Prozent aufzuwerten. Ein Protokoll der Sitzung wurde nicht geführt. Um spekulative Devisenbewegungen zu vermeiden, war die Entscheidung unter geradezu konspirativen Umständen vorbereitet worden; dennoch gelang die Geheimhaltung nicht völlig. Als die Regierung für Samstag, den 4. März, die Schließung der Devisenbörsen anordnete, war klar, was bevorstand.

Eine halbe Maßnahme

Besonders bedauere ich es, dass Herr Abs, der sich wirklich bemüht hat, alle unsere Kunden zu vernünftigen und damit, jetzt nachträglich gesehen, zu verkehrtem Verhalten zu bewegen, in seinem Vertrauen auf die Zusicherung der Regierung und der Bundesbank so enttäuscht worden ist. Die Leichtigkeit, mit der man jetzt über Zusagen hinweggeht, die man seinerzeit nicht nur feierlich gegeben hatte, sondern auch ernst meinte (Blessing), ist eigentlich das, was mich jetzt am tiefsten berührt. Ausserdem stehen wir jetzt einmal wieder vor einer halben Massnahme. Aus den Ergebnissen werden weder die Gegner noch die Befürworter die Richtigkeit ihrer These ablesen können.

Karl Klasen an Hans-Helmut Kuhnke, 6. März 1961

Als die Entscheidung gefallen war, hielt Abs sich mit öffentlicher Kritik weitgehend zurück – nachdem er sich im Vorjahr so stark exponiert hatte, war es nicht ratsam, den gegen seinen Willen zustande gekommenen Beschluß allzusehr anzugreifen. Als allerdings der Bonner Wirtschaftskorrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* im Juli 1961 angesichts des hohen deutschen Exportüberschusses feststellte, die Zahlen widerlegten schlagend das »Gejammer der deutschen Privatwirtschaft« über die Folgen der Aufwertung, sah er sich zu einer Intervention bei der Chefredaktion veranlaßt – eine gereizte Reaktion, die nur durch tiefsitzenden Groll zu erklären war.

Sachlich zeigte sich, daß Karl Klasen mit seiner im nebenstehenden Kasten zitierten Einschätzung recht hatte: Gegner und Befürworter versuchten nach der Aufwertung vergeblich, aus den Wirtschaftsdaten ihre Folgen herauszulesen und in die eigene Argumentation einzubinden. Mit fünf Prozent war sie sozusagen unterhalb der Schwelle des statistisch Nachweisbaren geblieben. Gravierender war die psychologische Wirkung: Die Abkehr von Blessings Verständnis der Währungsparität als einer »sakrosankten Sache« öffnete auf lange Sicht den Weg zu flexiblen Wechselkursen, der 1973 nicht mehr zu umgehen war.



In der Frage der D-Mark-Aufwertung Kontrahenten über Jahre hinweg: Hermann J. Abs und Otmar Emminger

Der Dollar

Nun, meine Damen und Herren, der [...] Vorgang, der ja nun sehr hohe Wellen geschlagen hat, ich hoffe [...] daß diese Wellen sich doch langsam beruhigen – das ist, meine Damen und Herren, die Änderung des Wechselkurses des Dollars.

(Gelächter)

Also, meine Damen und Herren, wenn ich so erheiternd auf Sie wirke, komme ich öfters hierher.

(Gelächter)

Also, ich wiederhole: ist die Änderung des Wechselkurses des Dollars. Das, meine Damen und Herren, ist der korrekte Ausdruck für den Vorgang.

Konrad Adenauer im Bundestag am 8. März 1961

Abs blieb stets bei seiner Haltung, die er bis zum Ende des auf festen Paritäten gegründeten Währungssystems von Bretton Woods nicht mehr verließ: Eine Aufwertung der D-Mark war auf jeden Fall abzulehnen. So kam es, daß sich 1969 die Geschichte wiederholte. Erneut war Abs stark involviert, seine Position unverändert, und zeitweise gelang es ihm sogar, sie in der Bundesregierung durchzusetzen. Zu seinen Widersachern gehörte Wirtschaftsminister Karl Schiller, dem es gelang, die Notwendigkeit einer D-Mark-Aufwertung zum Wahlkampfthema zu machen. Als nach den Bundestagswahlen 1969 eine Koalition von SPD und FDP möglich wurde, war die Entscheidung aus dem Frühjahr hinfällig.

Dierk Hartwig †

Im Alter von 66 Jahren starb am 20. Dezember 2010 Dierk Hartwig, langjähriges Vorstandsmitglied der Historischen Gesellschaft der Deutschen Bank. 1998 trat Hartwig der Historischen Gesellschaft bei, zwei Jahre darauf wurde er in ihren Vorstand gewählt. Deren Tätigkeit verfolgte er bis zuletzt mit großem, nie nachlassendem Interesse. Noch zwei Wochen vor seinem Tod besuchte er eine Veranstaltung der Historischen Gesellschaft in der Frankfurter Westendsynagoge. Der Historischen Gesellschaft der Deutschen Bank, der er stets mit Rat und Tat zur Seite stand, wird Dierk Hartwig sehr fehlen. 1944 in Witten geboren, kam Hartwig 1965

zur Börsen-Zeitung, deren stellvertretender Chefredakteur er 1986 wurde. Über drei Jahrzehnte beobachtete und analysierte der Wirtschaftsjournalist vor allem die Entwicklung der Kreditwirtschaft. Im Frühjahr 1997 wechselte er die Seiten: Dierk Hartwig übernahm die Leitung der Presseabteilung der Deutschen Bank. Während der Amtszeit von Rolf-E. Breuer als Sprecher des Vorstands wirkte er als Pressesprecher der Bank. 2002 ging er aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand, war mit seiner umfassenden Kenntnis der Bankenwelt aber weiterhin eine hochgeschätzte Institution am Finanzplatz Frankfurt.

Fundsache

Das Dienstrad

»Für dringende Dienstfahrten steht unserer Bank ein Personen-Kraftwagen zur Verfügung, der in einer Garage in der Sierichstrasse untergestellt ist. Der Fahrer des Kraftwagens, der sehr häufig noch am späten Abend bzw. sehr häufig morgens bereits um 5 Uhr dringende Fahrten ausführen muss, wohnt in Ottenzen [...]. Wir sind im Besitze eines betriebseigenen Fahrrades, das jedoch zurzeit ohne Bereifung ist. Dieses Fahrrad muss aus den

vorerwähnten Gründen unserem Chauffeur zur Verfügung gestellt werden, damit dieser von seiner Privatwohnung aus jederzeit die Garage erreichen kann. Wir bitten Sie höflich um Zuteilung von 2 Fahrraddecken für unser Fahrrad und wären Ihnen verbunden, wenn Sie uns den entsprechenden Bezugschein baldmöglichst übermitteln würden.«

(Schreiben der Deutschen Bank in Hamburg an die Behörde für Wirtschaft, Abteilung Fahrradbereifung, Hamburg, vom 2. März 1948)